

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

396 n. 397

III. Ausgabe.

Wien, am 16. Dezember 1931.

BUDGETBERATUNG.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Dezember 1931.

Der Gemeinderat der Stadt Wien setzte heute die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1932 fort. Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Berichterstatter Stadtrat Speiser führt aus:

Die Wirtschaftslage drückt auch dem Personalbudget der Gemeinde für das kommende Jahr den Stempel auf. Nachdem es mir durch mehr als ein Jahrzehnt vergönnt gewesen ist, viele Verbesserungen der Lebenslage der städtischen Angestellten zu beantragen, war ich vor einigen Monaten ^{leider} gezwungen, Vorlagen über die Herabsetzung der Bezüge der städtischen Angestellten zu vertreten. Die Herabsetzung der Bezüge und andere Sparmassnahmen auf dem Personalgebiete, wie Aufnahmssperre und Einschränkung der Nebenbezüge, bringen es mit sich, dass im Voranschlage gegenüber dem Rechnungsabschluss für das Jahr 1930 um 9 Millionen Schilling weniger eingestellt sind. Ich kann es nur rühmend hervorheben, dass die städtischen Angestellten trotz der Herabsetzung der Bezüge ihre Aufgaben pflichtgetreu und mit vollem Diensteifer weiter erfüllen. Die Aufgabe, dem Volke einen sozial eingestellten, gut eingerichteten und sparsam geführten Verwaltungsapparat zur Verfügung zu halten, ist durch das Zusammenwirken der Gewählten und Angestellten gut gelöst worden. Die heutige schwere Zeit erfordert gebieterisch, dass die Bestrebungen, die Verwaltung immer besser zu gestalten, im kommenden Jahr energisch fortgesetzt werden.

Die aktiven Angestellten der Gemeinde Wien machen nach dem Stande vom 1. August 1931 bei Magistrat, Schule, Betrieben und Unternehmungen zusammen 48.688 Personen aus. Bei den Unternehmungen gibt es 2.719 Angestellte und 20.689 Arbeiter. Bei der Hoheitsverwaltung gibt es 6347 Beamte, 5.838 Lehrer, 10.437 Bedienstete und 1.614 Kollektivverträgtler. Ferner waren bei der Hoheitsverwaltung am 1. August 1931 noch 1.044 Saisonarbeiter in Verwendung. Es sind also bei den städtischen Unternehmungen insgesamt 23.408, bei der Hoheitsverwaltung samt Schulen und Betrieben insgesamt 25.280 Personen beschäftigt. Von den letzteren sind 20.016 nach der allgemeinen Dienstordnung entlohnt, 1.004 nach der Feuerwehrdienstordnung, 1614 nach Kollektivverträgen und 2.646 sind Vertragsangestellte. Unter den Beamten gibt es unter anderem 277 Juristen, 315 Hochschultechniker, 495 hauptberufliche und nebenberufliche Aerzte, 152 Mittelschultechniker, 739 Rechnungsbeamte, 953 Beamte des mittleren Verwaltungsdienstes, 1563 Kanzleibeamte. In der Hoheitsverwaltung samt ihren Betrieben sind 4671 Frauen, in der Schule 3273 Frauen tätig, bei den Unternehmungen der Stadt als Angestellte 545 Frauen und als Arbeiterinnen 273 Frauen. In der Hoheitsverwaltung sind beschäftigt: 5 Juristinnen, 86 Aerztinnen, 737 Beamtinnen, 517 Kindergärtnerinnen und 347 Fürsorgerinnen. Ausserdem sind 2979 Frauen als Pflegerinnen, Köchinnen, Küchengehilfinnen, Hausarbeiterinnen und in ähnlichen Verwendungen tätig.

Die Pensionsparteien der Gemeinde Wien machten am 1. August 1931 insgesamt 19.794 aus. Davon waren Dienstordnungspensionsparteien bei den Unternehmungen 1134, Kollektivvertragspensionsparteien bei den Unternehmungen 7816, Dienstordnungspensionsparteien der Hoheitsverwaltung 6632, Lehrerpensionsparteien 3836, und Kollektivvertragspensionsparteien der Hoheitsverwaltung 376 Personen.

Die Bezüge der Aktiven und Pensionisten betragen im ganzen Kreis der Gemeinde 346,1 Millionen Schilling. Davon entfallen auf die im

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

Dienste befindlichen Gemeindeangestellten 271 Millionen Schilling, auf die Pensionisten 75'1 Millionen Schilling. In der Hoheitsverwaltung allein entfallen auf die im Dienste befindlichen Angestellten 134'4 Millionen Schilling, auf die Pensionisten 49'9 Millionen Schilling.

Die Nebengebühren sind für die Hoheitsverwaltung samt Schulen und Hoheitsbetrieben für das Jahr 1932 mit 8'7 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Nebengebühren haben im Jahre 1930 noch 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling ausgemacht. Es werden somit rund 2'8 Millionen Schilling eingespart. Unter diesen Nebengebühren sind allerdings nicht nur Ueberstunden, Kommissionsgebühren, Fahrtauslagenersatz, Uebersiedlungskosten und Reisegebühren verstanden, sondern auch Bezahlung von Unterrichtsstunden (Religionsunterricht, Unterricht in Freigegenständen, Fachunterricht), ferner Zulagen für provisorische Schulleitungen und Reinigungs- und Heizgebühren für die Schulen.

Stadtrat Speiser bespricht dann die sozialen Einrichtungen für die Angestellten, die Krankenfürsorgeanstalt und die Darlehensstelle. Die Krankenfürsorgeanstalt hat im Jahre 1930 2'8 Millionen Schilling an Aerztekosten, 733.000 Schilling für Medikamente, 1'1 Millionen Schilling an Spitalskosten, 88.000 Schilling für Heilstätten und 430.000 Schilling für Landaufenthalte und Erholungsheime ausgegeben. Zu den heutigen Leistungen für die Krankenfürsorgeanstalt gibt die Gemeinde jetzt laut Voranschlag für 1932 noch 60.000 Schilling an Aushilfen und rund 30.000 Schilling unverzinsliche Vorschüsse. Von der Darlehensstelle wurden seit ihrer Gründung im Jahre 1927 nicht weniger als 27.941 Darlehen bewilligt.

Der Berichterstatter referiert nun über die Verwaltungs- und Betriebsreformen/^{die} im vergangenen Jahre fortgesetzt worden sind und im nächsten Jahre gar besonders stark betrieben werden müssen. Die Mithilfe des gesamten Personales, der Beamten und Angestelltenschaft, der Lehrerschaft und der Arbeiterschaft, die schon bisher so viele Reformen zum Erfolg geführt hat, muss ich für die kommende Zeit im besonderen Grade erbitten. In allen Arbeitsreformen, die sich sowohl auf die eigentliche Hoheitsverwaltung als auf das Schulwesen, auf die Betriebe der Hoheitsverwaltung und auf die städtischen Unternehmungen erstrecken, steckt eine geqaltige Arbeitsleistung. Nur auf verständnisvolle Mitarbeit, auf volle Dienstbereitschaft, auf sparsame Einrichtung im kleinsten wie im grossen Wirkungskreis können die Gemeindeangestellten aller Art auch in einer so harten und schweren Zeit wie die heutige ihre Rechts- und Lohnverhältnisse gründen.

Gehaltskürzungen sind jetzt in Oesterreich und in der ganzen Welt auf der Tagesordnung. Die Gemeinde Wien hat in dieser Beziehung bisher grosse Zurückhaltung geübt. Sie hat ihrem Personal sowohl in der Hoheitsverwaltung als in den Unternehmungen geringere Abstriche auferlegt, als andere Verwaltungen. Die Höhe der Personalauslagen im Verhältnis zu den Sachauslagen ist allerdings sehr bedenklich. Die Gemeinde wirft nach dem Voranschlag rund 55 Prozent ihrer Gelder für Sachauslagen und rund 45 Prozent für Personalauslagen aus. Dieses Verhältnis ist natürlich auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Eine wichtige Komponente zur Herbeiführung dieses Verhältnisses ist die starke Einschnürung der Sachauslagen. Der Personalstand wird sich den durch die Kürzung der Sachauslagen bewirkten Einschränkungen anpassen müssen.

Die ganzen Jahre hindurch hat die Gemeinde in Bezug auf Anstellungen äusserste Zurückhaltung geübt. Das ist sowohl vom Standpunkt der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Jugend als auch vom Standpunkt der Verwaltung der an einer Erneuerung und Auffrischung der Stände gelegen sein muss, bedenklich. Die schon in früheren Jahren in vielen Standesgruppen ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 16. Dez. 1931.

übte und jetzt fast lückenlose Aufnahmssperre war aber trotzdem notwendig. Die Gemeinde stünde sonst jetzt vor der Notwendigkeit einer grösseren Abbauaktion. Die Ueberführung der überzähligen Angestellten auf andere freierwerdende Arbeitsplätze wird im kommenden Jahr eine wichtige Aufgabe des Personalreferats sein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Steuerbefreiung für Neubauten.

In der heutigen Sitzung der Landesregierung wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, dem zufolge allen Neubauten, die bis 31. Dezember 1932 fertiggestellt sind, die Steuerfreiheit im gleichen Ausmasse wie bisher zugewilligt werden soll. Die Vorlage ist dem Finanzausschuss zur Beratung zugewiesen worden.

Palmenverkäufe im städtischen Reservergarten.

Infolge Betriebseinschränkung kommen im städtischen Reservergarten etwa 120 Palmen und 60 andere Dekorationspflanzen in der Grösse von 1'50 bis 8'5 Meter zu sehr niedrigen Preisen zu Verkauf. Die Pflanzen können im städtischen Reservergarten, II., Vorgartenstrasse 160, von morgen, Donnerstag, an bis einschliesslich Sonntag, den 20. Dezember, von 9 Uhr bis 12 Uhr vormittags besichtigt werden.

G.R. Dr. Stowasser (E.L.) führt unter anderem aus, dass die Zeit den **Mahnungen** der Minderheit Recht gegeben hat, die Gemeindegewache abzubauen. Der Personalaufwand für die Gemeindegewache beträgt nur mehr 554.000 Schilling. Die Nebengebühren sind allerdings mit 215.000 Schilling veranschlagt. Dieser Betrag ist für den Stand von 200 Mann auffällig hoch. Eine entsprechende Aufklärung darüber wäre äusserst wünschenswert. Der Redner bemängelt weiter den Personalüberstand bei verschiedenen Wohlfahrtsanstalten. Im Zentralkinderheim mit 456 Kindern sind 243 Angestellte, im Waisenhaus Döbling mit 48 Kindern 13 Angestellte und in der Erziehungsanstalt Eggenburg mit 501 Zöglingen 150 Angestellte. Der Aufwand für die Nebengebühren wurde von 5 Millionen Schilling auf 3 Millionen Schilling herabgesetzt. Das ist ein noch immer beträchtlicher Betrag. Für die Nebengebühren kommen infolge der Eigenheit der Wiener Gemeindesteuern hauptsächlich die Steuerbehörden in Betracht, die sehr bedeutende Kontrollkosten verursachen. Der Redner führt sodann Klage über die Politisierung der Verwaltung und stellt den Antrag, dass zu allen Verhandlungen des Dienstgebers lohn- und dienstrechtlicher Natur auch die Gewerkschaften der Minderheit als gleichberechtigt beizuziehen sind, ferner einen Antrag auf Abänderung der Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde in dem Sinne, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten von den Angestellten selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrestes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt, einen bezüglichen Gesetzesentwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und dem Gemeinderat ehestens vorzulegen. Schliesslich den Antrag, dass der Abzug der Beiträge für den Verband der städtischen Angestellten von ihren Gehaltsbezügen vom 1. Jänner 1932 anzuunterbleiben hat. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Es wird sodann die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe I unterbrochen und die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe II und die zu dieser Gruppe gestellten Anträge vorgenommen. Die Ansätze der Verwaltungsgruppe II werden genehmigt. Der Antrag Hengl betreffend Vorlage eines Verzeichnisses jener Gassen und Plätze, in denen Häuser der Bodenwertabgabe vom

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 16. Dez. 1931

verbauten Grund unterworfen wurden, wird angenommen. Der Antrag Biber betreffend die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer ist durch die Einbringung einer bezüglichen Gesetzesvorlage in der heutigen Sitzung der Landesregierung gegenstandslos geworden, sodass eine Abstimmung über diesen Antrag unterbleibt, die übrigen zur Verwaltungsgruppe II gestellten Anträge werden abgelehnt.

Es wird sodann die Debatte über die Verwaltungsgruppe I fortgesetzt.

G.R. Wawerka (E.L.) bemängelt zunächst, dass diesmal im Voranschlage die Bezüge der leitenden Funktionäre der Gemeinde nicht wie in früheren Voranschlägen detailliert, sondern nur summarisch angeführt werden. An solchen Detailangaben fehlt es auch sonst im Budget. Es ist zum Beispiel nicht möglich festzustellen, wie gross die Zahl der ^{Lehrkräfte} an den Haupt- und an den Volksschulen ist. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Rechtsverhältnissen der Wiener Lehrerschaft und erinnert daran, dass als die heutige Mehrheit die Verwaltung der Stadt übernahm die Lehrerschaft in ihrer unter dem Namen Vaugoinische Dienstordnung bekannte Dienstordnung das modernste Dienstrecht hatte. Die sozialdemokratische Partei hat der Lehrerschaft von diesen Rechten eines nach dem anderen weggenommen. Was in der Dienstordnung der Lehrerschaft gut ist, dankt sie der christlichsozialen Partei, was schlecht ist ist ausschliesslich eine Schöpfung der sozialdemokratischen Partei. Die alte Dienstordnung war auf dem Grundlage der reinen Zeitvorrückung aufgebaut ohne jede Möglichkeit der Bevorzugung von Protektionskindern. Die Automatik wurde immer mehr durchbrochen, zunächst durch das System der nach freiem Ermessen gewährten geldlichen Auszeichnungen, die erst eingestellt wurden, nachdem die sozialdemokratischen Parteigänger sie fast ausnahmslos erhalten hatten. Heute geschieht alles nach freiem Ermessen. Die Ernennung der Schulleiter, die Schulversetzungen, die Schulinspektionen, ja sogar die Entlassung definitiver Lehrkräfte. Der Redner stellt sodann eine Reihe von Anträgen zur Lehrerfrage wobei er bemerkt, dass eine Reihe dieser Anträge im Vorjahre der ^{Bei} geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen aber nicht erledigt wurden. Diesen letzteren Anträgen habe er diesmal den Ausweg gewählt dass der Bürgermeister aufgefordert wird, zu veranlassen, dass über diese seinerzeit der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Anträge unverzüglich berichtet werde. Ein Antrag verlangt, dass zur Erstattung der Vorschläge für die Ernennung von Schulleitern und Schulleiterinnen eine aus dem Gemeinderat zu wählende nach dem Proporz zusammengesetzte Kommission einzusetzen sei. Ein weiterer Antrag, dass die Zulage den Pensionsparteien rückwirkend in die Bemessungsgrundlage der Ruhe- und Versorgungsgenüsse einzubeziehen sei. Weiters verlangen die Anträge, dass die Lehramtsanwärter nach dem Datum der Einbringung ihrer Gesuche mit Berücksichtigung ihrer Qualifikation sowie ihrer sozialen Verhältnisse zu reihen und anzustellen sind, dass den Lehrerheimkehrern eine persönliche Zulage zu gewähren ist, die individuell abgestimmt ist und bewirkt, dass die Lehrerheimkehrer im Gehaltsbezug den anderen Lehrern des gleichen Maturajahrganges gleichgestellt werden. Ferner wird der Bürgermeister aufgefordert, zu veranlassen, dass dem Gemeinderat unverzüglich Bericht erstattet wird, über den in der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 1930 der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Antrag Wawerka betreffend die Novellierung des Lehrerdienstgesetzes, insbesondere seines dritten Abschnittes, über den in der Gemeinderatssitzung vom 18. Dezember 1925 der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Antrag Schlösinger betref. die Schaffung einer Personalvertretung für die Wiener städtischen Lehrpersonen, über den in der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 1930 der geschäfts-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

ordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Antrag Wawerka, der gelautet hat: Zum Zwecke der Suppliorung für dienstverhinderte Lehrkräfte ist der Status der Bezirkshilfslehrkräfte wieder einzuführen; Die hierfür erforderlichen Anstellungen von Lehramtsanwärtern sind unverzüglich durchzuführen.

über den ebenfalls der geschäftsordnungsmässigen Behandlung Wawerke betreffend die Wahrund. des Rechtes der Lehrerschaft auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenz bei der Einführung neuer Lehr- und Lehrbücher und schliesslich über den Antrag Wawerke betrf. die Zusammenfassung sämtlicher Angelegenheiten des Sach- und Personalaufwande für das Schulwesen in einer eigenen Verwaltungsgruppe "Schulwesen" (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) führt Klage darüber, dass das Tätigkeitsgebiet und die Einflussosphäre des Gemeinderates sowie die Zahl der Sitzungen des Gemeinderates immer geringer wird. Der Gemeinderat hat nur sehr selten Gelegenheit sich mit grossen Fragen zu beschäftigen. In den Verhandlungen des Gemeinderates sprechen fast immer nur die Vertreter der Minorität. Die Mitglieder der Mehrheit betrachten sich nur als Abstimmungsmaschine. Dadurch wird das Ansehen des ganzen Gemeinderates herabgesetzt. Es bedeutet auch eine Geringschätzung des Gemeinderates, dass der Bürgermeister bei den Sitzungen fast niemals anwesend ist. So schlecht eine Doppelgeleisigkeit der Landes- und Gemeindeverwaltung wäre, so schlecht ist auch die vollständige Identität von Landtag und Gemeinderat. Der Unterschied zwischen beiden Körperschaften besteht lediglich darin, dass jede von beiden andere Vorsitzende hat, dass im Landtag das Rauchen verboten ist und dass die Protokolle des Landtages gedruckt werden. Der Redner befasst sich sodann mit dem Voranschlag der Verwaltungsgruppe I und stellt fest, dass die gesamte Verminderung des Personalaufwandes gegenüber dem tatsächlichen Aufwande des Jahres 1931 über 11 Millionen Schilling beträgt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Kürzungen der Personalbezüge noch schneller auswirkt, als die des Sachaufwandes. Der Redner beschäftigt sich sodann mit der Frage der Nebengebühren und bezeichnet es als wünschenswert, wenn sich der Gemeinderat einmal mit dieser Frage beschäftigen würde. So gerechtfertigt eine Entschädigung für Reisen zum Beispiel ist, so wäre es doch notwendig, dass gewisse Rechenkünster bei Aufstellung von Reiserechnungen eingeschritten wird. Der Redner stellt ferner neuerlich die Forderungen, dass mit der Politisierung der Gemeindeverwaltung endlich aufgeräumt werde. Wie wenig freiwillig die Zugehörigkeit zu den sozialdemokratischen Angestelltenorganisationen ist, geht daraus hervor, dass heuer der Wiener Zentrallehrerverein bei den Wahlen 450 Stimmen weniger bekommen hat als die Zahl seiner organisierten Mitglieder beträgt. Ueber die Aufnahmesperre bin ich anderer Meinung als der Referent. Die Anstellung junger Kräfte ist eine unbedingte Notwendigkeit. Auch hat die Gemeinde die Pflicht, einem grossen Teil der Eltern die Sorge um die Zukunft der Kinder durch Anstellung der Kinder bei der Gemeinde abzunehmen. Mit dem derzeitigen System muss unbedingt gebrochen werden. Trotz aller Kritik hat sich auch bei der Personalverwaltung nichts geändert. Die Tendenzen sind die gleichen geblieben; sie machen es uns unmöglich, für den Voranschlag zu stimmen. (Beifall bei der Minderheit.)

G.R. Lehninger (E.L.) erklärt, dass die Führung der Personalverwaltung im wahrsten Sinne des Wortes eine parteipolitische ist. Der Redner spricht dann ausführlich über die Pensionskasse der Unternehmungsangestellten. Diese Kasse weist ein Defizit von über 11 Millionen Schilling aus. Was bisher für die Sanierung der Kasse getan wurde, ist nur Flickarbeit. Die Kasse muss

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

endlich auf eine Grundlage gestellt werden, die die Pensionen der Angestellten sichert. Ueber die Krankenkassa der Strassenbahnbediensteten führt GR. Lehmann aus, dass sie ihrem eigenen Zweck nur in ganz geringem Masse nachkommt. Die Kasse hat in Wirklichkeit ein schweres Defizit, das aber von der Verwaltung durch einen willkürlichen Verwaltungsratsbeschluss mit Hilfe des ausserordentlichen Unterstützungsfondes in einem Ueberschuss verwandelt worden ist. Die alte saloppe Wirtschaft besteht auch heute noch. Die Leistungen der Kassen sind mangelhaft, das Verhalten einiger Aerzte, die in Ihrem Lager stehen, ist skandalös. Abschliessend verlangt der Redner, dass die Gemeinderatsmehrheit mit dem Wahlrecht der Angestelltenschaft breche, das die Minderheit der Angestelltenschaft von der Verwaltung einfach ausschliesst. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert St. R. Speiser zunächst auf die Ausführungen der G. R. in Schlösinger über das Schulwesen. Er stellt fest, dass die durchschnittliche Schülerklassenzahl in Wien 34 beträgt, während die durchschnittliche Schülerklassenzahl an den Wiener Mittelschulen heuer 44,4 Schüler beträgt. Man kann ruhig behaupten, dass in einer ersten Klasse einer Wiener Mittelschule durchschnittlich um ein Drittel Kinder mehr sitzen als in einer Wiener städtischen Hauptschulklasse. Es ist mir ganz ferne gelegen, deswegen dem Bund einen Vorwurf zu machen, sind doch heute Zeiten in denen man eben vielen Bedürfnissen nicht nachkommen kann. Ueber die Neuaufnahmen von Lehrpersonen sagt der Referent, dass die Gemeinde Wien seit 1919 bis heute 579 Lehrpersonen aufgenommen habe. Dass in den anderen Bundesländern mehr Lehrpersonen aufgenommen werden, ist daraus erklärlich, dass eben die anderen Bundesländer eine viel höhere Durchschnittsschülerzahl der Klasse haben. So betrug die Durchschnittszahl im Schuljahr 1924/25 in Wien 28,5, in Niederösterreich aber 39,6, in Oberösterreich 53,1, in Steiermark 43,1, in Salzburg 41,6, in Kärnten 43,3, in Tirol 39,7, in Vorarlberg 33 und in Burgenland 50,3. Die Aufnahme von Junglehrern kann nur vom Standpunkte des Bedarfes erfolgen. In Wien geht die Schülerzahl ganz enorm zurück und ich habe schon vor 11 oder 12 Jahren auf die ständig sinkende Schülerzahl aufmerksam gemacht und ersucht, dass die Lehrerbildungsanstalten, die ja Bundesanstalten sind, mit Rücksicht auf die stets sinkende Schülerzahl nicht so viel Zöglinge aufnehmen sollen. Meinem Ersuchen aber wurde nicht entsprochen. St. R. Speiser weist sodann darauf hin, dass die letzten Zwangspensionierungen im Jahre 1926 vorgenommen wurden und zwar sind unter den Zwangspensionierten die „Marxisten“ in der Ueberszahl. Die Verwendung von Volksschullehrern an den Hauptschulen steht sowohl mit dem Lehrerdienstgesetz wie mit dem Hauptschulgesetz in Einklang und ist auch pädagogisch durchaus zulässig. An den Bürgerschulen waren früher in den Hauptfächern weit mehr Volksschullehrer als heute in Verwendung. Die Lehrereserve ist heuer mit rund 500 grösser als in vergangenen Jahren. Durch die Zusammenlegung der Klassen wurde, so unangenehm wie es auch in der ersten Zeit empfunden wurde, sehr viel Geld erspart, ohne dass Schaden angerichtet wurde. St. R. Speiser widerspricht der Behauptung des GR. Gschlacht, dass die Zentralverwaltung angesichts des vergrösserten Aufgabenkreises der Landesverwaltung gegenüber früher besonders vermehrt habe, was aber nicht ausschliesst, dass im Zuge weiterer Verwaltungsreformen eine Herabsetzung der leitenden Posten wird Platzgreifer können. Dass die sogenannte Jaugoinische Lehrerdienstordnung sogut ist, dass sie im Jahre 1919 unter dem Einfluss einer Minderheit geschaffen wurde, von der vorausgesehen war, dass sie die Mehrheit in diesem Saale werden wird. In einer Besprechung der Ausführungen des GR. Pfeiffer bemerkt St. R. Speiser, dass die Einschränkung der Sitzungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

des Gemeinderates auch eine Art Rationalisierung bedeute. Die Mehrheit beteiligt sich an den Debatten des Gemeinderates nicht nur durch die amtsführenden Stadträte, sondern auch durch die Referenten. Dass nach Parteidisziplin abgestimmt wird, das soll nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Christlichsozialen vorkommen, es soll sogar schon bei den Grossdeutschen vorgekommen sein. Dass der Bürgermeister nicht immer im Gemeinderatssitzungssaal anwesend sein kann, empfinden wir alle schmerzlich. Das erklärt sich aber daraus, dass der Bürgermeister namentlich in der heutigen schweren Zeit vielfach aus dienstlichen Gründen daran verhindert ist. St. R. Speiser beschäftigt sich schliesslich eingehend mit den Anträgen der Opposition und ersucht, sie abzulehnen. Dem Budget seiner Verwaltungsgruppe ersucht er die Zustimmung zu erteilen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

In einer tatsächlichen Berichtigung stellt GRTin Schlösinger richtig, dass die von ihr gebrachte Zahl über die Anstellung von Junglehrern sich auf jene Zeitspanne bezogen habe, in der eine normalmässige Anstellung von Junglehrern nicht erfolgt ist.

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe I erledigt, die Abstimmung wird in der morgigen Sitzung vorgenommen.

St. R. Tandler referiert über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe III, Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung. Einleitend stellt er fest, dass es ungeheuer schwer gewesen sei, in der Zeit einer Wirtschaftskrise wie der heutigen, in der die Vermehrung der allgemeinen Not eigentlich eine Erhöhung dieses Budgets zur Folge haben müsste, das Budget verkleinern zu müssen. Gegenüber dem Jahr 1930 und 1931 ist ein Rückgang in der Gesamtsumme der Ausgaben zu verzeichnen, aber dieser Rückgang geht vor allem auf Kosten der Investitionen, wobei noch der Umstand versöhnend wirkt, dass viele Ausgaben der vergangenen Jahre Ausgaben in der Zukunft entbehrlich machen. Dies gilt zum Beispiel von dem Bau eines Tuberkulosepavillons, dem Bau des Stadions und der Anschaffung der grossen Quantität von Radium. Ein Vergleich der Betriebsausgaben dieses Voranschlages mit denen früherer Voranschläge fällt sogar zugunsten des heurigen Jahres aus. Im Jahre 1930 waren die reinen Betriebsausgaben der Verwaltungsgruppe III 107'6 Millionen, im Jahre 1932 werden sie 109'5 Millionen betragen, eine Erhöhung, die nur durch Streichung vieler Investitionen ermöglicht wurde. Die in schrecklicher Weise ansteigende Arbeitslosigkeit hat auf das Budget der Gemeinde eine furchtbare Auswirkung. Zu der beträchtlichen Erhöhung der Unterstützungsgesellschaft die Auswirkungen auf das organische Kapital der Gesellschaft, auf die Bevölkerung, Auswirkungen, die sich in dem ungeheuren Zustrom der alten Menschen in die Versorgung offenbaren, in der ungeheuren Zunahme der Zahl der Kinder, die die Gemeinde in ihre Fürsorge übernehmen muss. Im Jahre 1929 waren es 11.400 Familien, deren Kinder die Gemeinde befürsorgen musste, im September 1931 waren es 19.500. Seither ist diese Zahl noch gewaltig gestiegen. Man darf sich aber auch darüber nicht täuschen, dass die Arbeitslosigkeit der Eltern nicht nur augenblicklich auf den Ernährungszustand der Kinder zurückwirkt, sondern dass sich diese Auswirkung noch Jahre ja vielleicht noch Jahrzehnte äussern wird. Es ist eine bekannte Tatsache, dass auf eine besondere Steigerung der Arbeitslosigkeit in einem gewissen Intervall eine besondere Hinfälligkeit der Kinder und eine besondere Infektionsempfindlichkeit der Kinder für Tuberkulose folgt. Unmittelbar werden wir durch die Arbeitslosigkeit durch die Steigerung der Unterstützungsbeiträge betroffen. Unsere Beiträge für die Notstandsaushilfe betragen gegenüber dem Jahre 1931 um 3 Millionen mehr und es ist zweifelhaft, ob damit das Auslangen wird gefunden werden können.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

Die Anforderungen, die an die Gemeinde ^{in der Bevölkerung} gestellt werden, gehen nahezu an den Rand der Erfüllbarkeit. Aus diesem Grunde bin ich ~~der~~ angegangen, neben der Fürsorge der Gemeinde, zu der die Wiener Bevölkerung durch ihre Steuer beiträgt, eine freiwillige Fürsorge, die Winterhilfe zu begründen. Ich sehe in ihr einen willkommenen Ausbau unserer offiziellen Fürsorge, wobei ausdrücklich festgestellt werden soll, dass die Winterhilfe nicht etwa die Stadtverwaltung in ihren Bemühen zu sparen unterstützen soll, sie soll den Menschen dieser Stadt die Möglichkeit geben, freiwillig ^{Siege} mitzutun und in allen Kreisen das Gewissen wecken. Die Gemeinde hält für die Winterhilfe 1 Million Schilling parat, und hat sich damit von vorneherein bereiterklärt, für die Ausgesteuerten, für die durch einen Parlamentsbeschluss 3 Millionen für den ganzen Bund votiert wurden, ihren Teil beizutragen. Es wäre nur sehr zu wünschen, dass die sich im Augenblick ergebenden Schwierigkeiten bei Verteilung dieser Summen an die einzelnen Länder und Gemeinden so rasch wie möglich behoben werden, damit die in Betracht kommenden Summen so rasch wie möglich verwendet werden können. Im Budget ist auch wieder die Summe von 1 Million für ausserordentliche Aushilfen an die Arbeitslosen enthalten. Der ungeheure Andrang, der ~~der~~ gelegentlich der Winterhilfeaktion unsere Fürsorgeinstitutionen ausserordentlich in Anspruch nimmt, hat zur Folge, dass wir diesen Betrag nicht noch vor Weihnachten zur Ausgabe bringen können. Diese Aktion wird vielmehr erst am 4. Jänner des kommenden Jahres beginnen. Trotz aller unserer Bemühungen wird es unsere ganze Anstrengung kosten, die Arbeitslosen und vor allem die Ausgesteuerten über den Winter hinwegzubringen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass uns dies dank der Winterhilfe erleichtert werden wird, dank jenes Unternehmens, dem wir nicht nur die Beisteuerung grosser Geldmitteln und Sachaushilfen verdanken, sondern das auch zeigt, dass die Solidarität der Menschlichkeit über allen Parteihader hinwegzuführen imstande ist. Die Auswirkung der Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in der geschlossenen Fürsorge, die immer mehr beansprucht wird und deren Schwierigkeiten ganz besonders grosse sind. Um der steigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen, haben wir drei neue Obdachlosenstellen und zwar in der Franzensbrückenstrasse, in der Vierthalgasse und in der Altingergasse vorbereitet, wodurch sich eine Vermehrung um rund 1000 Obdachmöglichkeiten ergibt. Ich bin überzeugt, dass wir damit das Auskommen finden werden.

St. R. Tandler stellt sodann fest, in welchem hohen Masse der Bevölkerungskörper unserer Stadt von dem Rückgang der Geburtlichkeit betroffen ist, einer Erscheinung, die heute nahezu über die ganze Welt geht. Wir hatten im Jahre 1931 rund 17.000 Geburten und 26.000 Sterbefälle. Das bedeutet einen Rückgang der Wiener Bevölkerung um ca 9000 Menschen. Das einzige Erfreuliche an diesen Ziffern ist der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, der trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und Not zu verzeichnen ist. Gegenüber einer Säuglingssterblichkeit von mehr als 12 Prozent noch im Jahre 1922 hatten wir im Jahre 1931 eine solche von nur 7,1 Prozent. Es zeigt sich, dass auf diesem Gebiete wirklich das Möglichste geschehen ist. Während sich im Laufe der letzten 11 Jahre die Zahl der Todesfälle durch Erkrankungen des Herzens und des Gefässsystems ^{von Krankheiten} nahezu gar nicht geändert hat, und die Zahl der Todesfälle durch Tuberkulose um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, ist beim Karzinom ein Ansteigen um mehr als das Doppelte zu konstatieren. Das zeigt, wie richtig die Stadt Wien gehandelt hat, dass sie trotz der ^{hohen} Ausgaben die bekannte grosse Quantität von Radium beschafft und das Radiuminstitut gegründet hat. Dieses Institut hat sich seit seiner Schaffung ganz ausgezeichnet bewährt. Wir werden ~~weit~~ über die Individualbehandlung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IX. Blatt

Wien, am 16. Dezember 1931.

hinaus Karzinomfürsorge, Karzinomdiagnostik und Karzinomberatungsstellen zu errichten imstande sein, eine Aktion des nächsten Jahres, die im Budget nicht aufscheint, weil sie keine besonderen Kosten verursachen wird. St. R. Tandler erwähnt noch, dass, während erfreulicherweise unsere Stadt von Epidemien ganz bewahrt bleibt und während es gelungen ist, die furchtbare Seuche der Tuberkulose in unglaublichem Mass einzudämmen, ebenso die Zahl der Geschlechtskrankheiten, die Zahl der Irrsinnfälle in stetem Aufsteigen begriffen ist und dass es alle Mühe kostet, die Fürsorge für diese ständig steigende Zahl von Unglücklichen noch zu halten. St. R. Tandler schliesst unter Hinweis darauf, dass wir fürsorgerisch einer sehr schweren Zeit entgegengehen mit dem Appell an alle, in der Fürsorge nach Kräften mitzuhelfen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

FR. Dr. Arnold (E. L.) bemängelt zunächst, dass die städtische Fürsorgeverwaltung der privaten Fürsorge und insbesondere der katholischen Caritas auf jedem Gebiet schwere Hinderhisse in den Weg legt. Das beweist das Vorgehen der städtischen Fürsorgeverwaltung auf dem Gebiete der Mutterberatung und in vielen anderen Zweigen der Fürsorge. Speziell auf dem Gebiete der Mutterberatung sucht die städtische Fürsorge die private Fürsorge auszuschalten. Dadurch ist die Gemeinde gezwungen, für die Mutterberatungsstellen mehr Geld auszugeben, als notwendig ist, weshalb die Ansätze für die Mutterberatungsstellen in ihrer vorliegenden Form gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit der Verwaltung verstossen. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich mit dem Spitalswesen; dazu erklärt GR. Dr. Arnold, dass die Spitäler einen Unterbelag haben, der infolge der Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltungen durch Drosselungen bei der Aufnahme herbeigeführt wird. Besonders eingehend spricht der Redner über die katholische Seelsorge vor allem in den Wiener städtischen Kinderspitälern. Er bemängelt, dass an diesen Spitälern die katholischen Seelsorger gehindert werden ihrer Berufspflicht nachzukommen. Das ist ein arger Verstoss gegen die Religionsfreiheit. Die Spitalsverwaltungen und Prof. Tandler sind nicht berechtigt, einen Seelsorger in der Ausübung seiner Pflicht in den Arm zu fallen; sie verletzen damit gesetzlich gewährleistete Rechte. Solange solche Zustände im Wohlfahrtswesen herrschen, müssen wir den Voranschlag ablehnen. (Beifall).

Bürgermeister Seitz kommt am Schlusse der Sitzung auf den Vorwurf des G. R. Pfeiffer zurück, dass der Bürgermeister bei den Sitzungen des Gemeinderates selten anwesend sei. Ich muss feststellen, dass ich, soweit es meine anderen Amtsgeschäfte gestatten, immer im Gemeinderat anwesend bin. Es ist aber eine bekannte Tatsache, dass beim Bürgermeister sehr oft Deputationen und Vorsprachen gerade zu einer Zeit erfolgen, zu der meine Anwesenheit im Rathause angenommen wird. So habe ich gestern 5 Deputationen- und manche von ihnen in wichtigen Dingen- empfangen und heute war ich eine Zeit lang durch parlamentarische Verhandlungen verhindert, im Gemeinderat anwesend zu sein. Auch im Parlament können der Bundeskanzler und die Mitglieder der Regierung aus ähnlichen Gründen nicht immer an den Verhandlungen teilnehmen. Daraus machen wir als Opposition dem Bundeskanzler und den Mitgliedern der Regierung keinen Vorwurf. Wenn GR. Pfeiffer beanstandet hat, dass der Bürgermeister von Wien gleichzeitig ein Funktionär einer politischen Partei sei, so ist dies keine neue Erscheinung. Die Bürgermeister von Wien waren auch in früheren Zeiten massgebende Politiker. Es ist auch gut so. Wehe der Stadt Wien, wenn ein Bürgermeister in der Politik des Staates sonst nichts bedeutete! Die Verhandlungen werden abgebrochen. Fortsetzung morgen, Donnerstag,

17 Uhr.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.
Bogenabfertigung 22 Uhr 25